

Freundschaft

Deutsche Tageszeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

Im Namen gemeinsamer Interessen

Die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland stellen den Menschen mit seiner Würde und seinen Rechten die Sorge um das Überleben der Menschheit und die Erhaltung der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Politik. Das wird in einem Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BR Deutschland festgestellt, der vom UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow und dem Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichnet wurde.

Die Seiten bekundeten ihre Treue zum Prinzip einer zuverlässigen Verhinderung eines jeden Krieges, ob nuklearen oder konventionellen. Im Dokument wird verankert, daß die UdSSR und die BR Deutschland keine territorialen Ansprüche an irgendjemanden haben. Die Seiten verpflichten sich, Streitfragen zwischen ihnen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie wollen niemals Waffen einsetzen, es sei denn zur individuellen bzw. kollektiven Selbstverteidigung, und rufen die anderen Staaten auf, sich dieser Nichtangriffsverpflichtung anzuschließen.

Die UdSSR und die BRD haben sich für eine wesentlich Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen ausgesprochen, was nach ihrer Ansicht ein stabiles Kräftegleichgewicht in Europa auf einem niedrigeren Niveau schaffen würde, das ausreichend für die Verteidigung, aber nicht ausreichend für einen Angriff wäre. Beide Seiten wollen die Entwicklung des KSZE-Prozesses auf dem Kontinent, besonders auf dem Wege der Bildung ständiger Institutionen und Organe, umfassend zu fördern. Das Ziel dieser Bemühungen und Organisationsmaßnahmen ist die Festigung von Frieden, Stabilität und Sicherheit, die Umwandlung Europas in einen einheitlichen Raum von Recht, Demokratie und Zusammenarbeit.

Die UdSSR und die BR Deutschland vereinbaren, regelmäßige Konsultationen durchzuführen, um ihre Positionen zu internationalen Problemen abzustimmen, darunter auch bei der Komplexierung der internationalen Lage und Entstehung akuter Situationen. Die Konsultationen auf höchster politischer Ebene sollen mindestens einmal im Jahr geführt werden.

Auf dem Gebiet der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sprachen sich beide Seiten für die Unterzeichnung in Zukunft eines umfassenden Vertrages über die Entwicklung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik aus. Zum gleichen Zweck werden für die Bürger, Unternehmen, staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen beider Länder die denkbar günstigsten Rahmenbedingungen für ihre Unternehmerr- bzw. andere Wirtschaftsaktivitäten geschaffen.

Auf humanitärem Gebiet werden die UdSSR und die BR Deutschland den in der UdSSR lebenden deutschstämmigen Bürgern und den in der BR Deutschland lebenden UdSSR-Bürgern die Möglichkeit bieten, ihre nationale, sprachliche und kulturelle Eigenart zu pflegen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Er wird anschließend alle fünf Jahre verlängert, wenn keine der Seiten ihren Wunsch bekundet, ihn zu kündigen.

H. Kohl und M. Gorbatschow sprachen bei der Unterzeichnung des Vertrags.

Rede H. Kohls

Herr Präsident, Meine Herren Minister, Meine Damen und Herren, Wir haben uns, Herr Präsident, hier im Palast Schaumburg zusammengefunden, um gemeinsam den Höhepunkt ihres Besuchs zu erleben: Wir unterzeichnen den ersten politischen Grundsatzvertrag, den das geeinte Deutschland schließt, den Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Wir wollen jeden Krieg, ob nuklear oder konventionell, vermeiden und den Frieden wahren und gestalten. Wir wollen den Vorrang des Völkerrechts in der Inneren und internationalen Politik gewährleisten. Wir wollen das unsere dazu beitragen, das Überleben der Menschheit zu sichern und für die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu sorgen.

Wir wollen nicht zuletzt den Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Unser Vertrag setzt diese hohe Ziele in konkrete Verpflichtungen um: zur Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa, zum Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt, zur friedlichen Konfliktlösung und zum Nichtangriff, zur Abrüstung und Rüstungskontrolle und zu intensiven, umfassenden Konsultationen.

Wir wollen nicht zuletzt unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit bei angesichts der Reformprozesse in ihrem Land herausragende Bedeutung. Dies wird unterstrichen durch den ebenfalls heute zu unterzeichnenden Vertrag über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Industrie, der Wissenschaft und der Technik. Dieser Vertrag ist der völkerrechtlichen Rahmen für die Tatsache, daß das vereinte Deutschland — als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft — auch der größte Wirtschaftspartner der Sowjetunion sein wird.

Auch für unsere Zusammenarbeit im Arbeits- und Sozialwesen wird heute eine neue vertragliche Grundlage gelegt. Herr Präsident, mit besonderer Befriedigung erfüllt es mich, daß unser umfassender Vertrag auch die Menschen — das heißt jeden einzelnen unserer Bürger — anspricht: dieser Vertrag eröffnet den Weg zu umfassender Begegnung, insbesondere der jungen Generation, zum verstärkten kulturellen Austausch: er ermöglicht es sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität ihre Sprache, Kultur und Tradition zu wahren, und gibt uns die Chance, ihnen dabei zu helfen.

Wir freuen uns über den gleichgerichteten Vertrag, den die Sowjetunion mit Frankreich soeben unterzeichnet hat, sowie über noch abzuschließende Verträge mit anderen westeuropäischen Partnern. In zehn Tagen werden wir auf dem Pariser KSZE-Gipfel weitere historische Dokumente unterzeichnen, die die Abmündung und Vertrauensbildung europaweit vorantreiben und übergreifende Sicherheitsstrukturen schaffen.

Ich bin überzeugt: wir haben die einzig richtige Wahl getroffen. Wir haben eine tief durchdachte und langfristig angelegte Entscheidung herbeigeführt, die den Lebensinteressen und den ureigenen Traditionen beider Völker und Staaten gerecht wird. Ich bin auch davon überzeugt, daß der sowjetisch-deutsche „Großvertrag“, wie man ihn inzwischen nennt, keine Episode sein wird, sondern Konstante einer neuen Friedensordnung, gestaltet durch Anstrengungen aller am gesamteuropäischen Prozeß Beteiligten.

Rede M. Gorbatschows

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Genossen! Heute ist ein besonderer Tag in der Jahrhundertelangen Geschichte unserer Länder und, so glaube ich, auch in der europäischen Geschichte. Mit der jetzt bevorstehenden Unterzeichnung eines Dokuments wie es erst vor kurzem kaum vorstellbar gewesen wäre, haben wir offiziell über einen ganzen historischen Prozeß Bilanz gezogen und eine weitreichende, für uns gemeinsame Perspektive abgesteckt.

Der Weg zu einem solchen Vertrag wird nicht an den Wochen der Textausarbeitung gemessen, sondern an den Jahren und Jahrzehnten der gemeinsamen Bewältigung der Vergangenheit und der Bemühungen um eine neue Qualität der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Mit großer Genugtuung habe ich den großen Beitrag hervor, den der Bundeskanzler, Herr Helmut Kohl, zu diesem großen Werk geleistet hat. Schon bei den ersten Kontakten mit ihm gelangten wir zu der Auffassung, daß die Beziehungen zwischen unseren Völkern für grundlegende Veränderungen reif sind.

Bel dieser Gelegenheit möchte ich die Initiatoren und Architekten der „Ostpolitik“ gebührend würdigen, vor allem Herrn Willy Brandt und Herrn Hans-Dietrich Genscher. Wir haben gemäß dem Gebot der Zeit gehandelt und dies an der Schwelle des neuen Jahrhunderts als unsere Pflicht gegenüber den eigenen Nationen und gegenüber ganz Europa empfunden. Doch das Werk hätte nicht in Angriff genommen werden können, wenn wir uns nicht davon überzeugt hätten, daß aus der tragischen Vergangenheit im 20. Jahrhundert Lehren gezogen worden sind und daß sie tief ins Bewußtsein gedrungen und ins politische Leben eingegangen sind.

Ich muß sagen, wir hätten nicht zum Erfolg kommen können, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine wesentliche Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eingetreten wäre. Auch würdigen wir den Anteil Frankreichs und Großbritanniens, ihrer Völker und Regierungen, an diesem Werk. Die Bewegung wurde durch den stürmischen Prozeß der inneren Umgestaltungen in Ostdeutschland beschleunigt, die die Mauer der Spaltung der deutschen Nation zum Einsturz brachten. Zwischen der Realisierung des Vereinigungswillens der Deutschen und dem Übergang zu einem neuen Niveau der sowjetisch-deutschen Beziehungen dürfte es keine Periode von Unklarheit und Ungewißheit geben.

Die Bewegung wurde durch den stürmischen Prozeß der inneren Umgestaltungen in Ostdeutschland beschleunigt, die die Mauer der Spaltung der deutschen Nation zum Einsturz brachten. Zwischen der Realisierung des Vereinigungswillens der Deutschen und dem Übergang zu einem neuen Niveau der sowjetisch-deutschen Beziehungen dürfte es keine Periode von Unklarheit und Ungewißheit geben. Dies wurde von den verantwortungsbewußten Politikern aller drei Seiten rechtzeitig erkannt, denen es zuteil wurde, diesen Prozeß von Anfang an

auf der Grundlage der Prinzipien von Frieden und Einvernehmen zu regeln. Sehr wichtig ist es daher, daß der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland zur gleichen Zeit entstanden ist wie der vor zwei Monaten in Moskau unterzeichnete Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland. Ich bin überzeugt: wir haben die einzig richtige Wahl getroffen. Wir haben eine tief durchdachte und langfristig angelegte Entscheidung herbeigeführt, die den Lebensinteressen und den ureigenen Traditionen beider Völker und Staaten gerecht wird.

Es triumphiert eine neue Sichtweise der Welt. Die Epoche der Konfrontation ist zu Ende. Das Antlitz Europas und der ganzen Welt verändert sich. Unser Vertrag ist ein kräftiges und gesundes Kind dieser Umwandlungen. Je erwachsener und stärker es wird, umso größer wird seine Rolle im Leben unserer Völker und in der gesamten europäischen Entwicklung nach den Kriterien der neuen Epoche. Die prophetischen Worte Goethes, die Menschheit gehe vor den Nationen, werden derzeit mit substantiellem politischem Inhalt erfüllt.

Erstens: Wir ziehen einen Schlußstrich unter die leidvollen Kapitel der Vergangenheit und machen den Weg frei für einen Neubeginn. Dabei knüpfen wir an die guten Traditionen der jahrhundertelangen gemeinsamen Geschichte unserer Völker an. Zweitens: Wir eröffnen den Weg für eine umfassende Zusammenarbeit unserer Staaten und verleihen dadurch ihrem Verhältnis eine neue Qualität — im Interesse unserer Völker und im Interesse des Friedens in Europa. Drittens: Wir verständigen

uns, gemeinsam den großen Herausforderungen, die sich heute und an der Schwelle zum dritten Jahrtausend stellen, gerecht zu werden: — Wir wollen jeden Krieg, ob nuklear oder konventionell, vermeiden und den Frieden wahren und gestalten. — Wir wollen den Vorrang des Völkerrechts in der Inneren und internationalen Politik gewährleisten. — Wir wollen das unsere dazu beitragen, das Überleben der Menschheit zu sichern und für die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu sorgen. — Wir wollen nicht zuletzt den Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Unser Vertrag setzt diese hohe Ziele in konkrete Verpflichtungen um: zur Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa, zum Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt, zur friedlichen Konfliktlösung und zum Nichtangriff, zur Abrüstung und Rüstungskontrolle und zu intensiven, umfassenden Konsultationen.

Unsere wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit hat angesichts der Reformprozesse in ihrem Land herausragende Bedeutung. Dies wird unterstrichen durch den ebenfalls heute zu unterzeichnenden Vertrag über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Industrie, der Wissenschaft und der Technik. Dieser Vertrag ist der völkerrechtlichen Rahmen für die Tatsache, daß das vereinte Deutschland — als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft — auch der größte Wirtschaftspartner der Sowjetunion sein wird.

Wir freuen uns über den gleichgerichteten Vertrag, den die Sowjetunion mit Frankreich soeben unterzeichnet hat, sowie über noch abzuschließende Verträge mit anderen westeuropäischen Partnern. In zehn Tagen werden wir auf dem Pariser KSZE-Gipfel weitere historische Dokumente unterzeichnen, die die Abmündung und Vertrauensbildung europaweit vorantreiben und übergreifende Sicherheitsstrukturen schaffen. Kurzum: Herr Präsident, wir sind auf einem guten Weg zu einem Europa des Friedens, der guten Nachbarschaft, der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Und in diesem Geist, Herr Präsident, wollen wir diese Verträge unterzeichnen.

Ich muß sagen, wir hätten nicht zum Erfolg kommen können, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine wesentliche Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eingetreten wäre. Auch würdigen wir den Anteil Frankreichs und Großbritanniens, ihrer Völker und Regierungen, an diesem Werk. Die Bewegung wurde durch den stürmischen Prozeß der inneren Umgestaltungen in Ostdeutschland beschleunigt, die die Mauer der Spaltung der deutschen Nation zum Einsturz brachten. Zwischen der Realisierung des Vereinigungswillens der Deutschen und dem Übergang zu einem neuen Niveau der sowjetisch-deutschen Beziehungen dürfte es keine Periode von Unklarheit und Ungewißheit geben.

Ich bin überzeugt: wir haben die einzig richtige Wahl getroffen. Wir haben eine tief durchdachte und langfristig angelegte Entscheidung herbeigeführt, die den Lebensinteressen und den ureigenen Traditionen beider Völker und Staaten gerecht wird. Ich bin auch davon überzeugt, daß der sowjetisch-deutsche „Großvertrag“, wie man ihn inzwischen nennt, keine Episode sein wird, sondern Konstante einer neuen Friedensordnung, gestaltet durch Anstrengungen aller am gesamteuropäischen Prozeß Beteiligten. Der sowjetisch-deutsche Vertrag richtet sich gegen niemanden. Unsere Übereinstimmung und Zusammenarbeit ist ein Bestandteil der tragenden Konstruktionen des gesamteuropäischen Hauses, in dem die Sicherheit eines jeden die Sicherheit aller ist, in dem allgemein menschliche Werte und der Geist von Achtung, Solidarität und guter Nachbarschaft triumphieren.

Unser Vertrag stellt keinen Sonderfall dar. Dieser Tage hat die Sowjetunion einen Vertrag über Einvernehmen und Zusammenarbeit mit Frankreich und eine politische Erklärung über die Zusammenarbeit mit Spanien unterzeichnet. Und zuvor mit Finnland und Italien, mit dem wir übrigens den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft haben. Allem Anschein nach sind wir auch einer Vereinbarung

In der Staatlichen Kommission für Probleme der Sowjetdeutschen

Die Kommission erörterte auf ihrer fälligen Sitzung die Berichte von N. P. Grischin, Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees Saratow, und von A. I. Jegin, Stellvertreter Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees Wolgograd, über die Arbeit bei der Schaffung von Bedingungen für die in diesen Gebieten ansässigen Sowjetdeutschen zur Befriedigung ihrer geistigen Bedürfnisse und zur Gewährleistung ihrer Rechte und Freiheiten. In Übereinstimmung mit den von diesen Gebietsexekutivkomitees angenommenen Beschlüssen werden Möglichkeiten erwogen, nationale Dorf- und Siedlungssowjets zu bilden. Betroffen werden Maßnahmen zur Erhaltung der nationalen Kultur, Sitten und Bräuche.

Die Exekutivkomitees der Gebiets- und örtlichen Sowjets der Volksdeputierten der Gebiete Wolgograd und Saratow wurden verpflichtet, die Gründung von nationalen Schulen und Kulturzentren in den Orten des kompakten Siedelns der Sowjetdeutschen zu beschleunigen und feste Garantien ihrer politischen, kulturellen und demographischen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen der Bürger aller in diesen Gebieten lebenden Nationen und Völkerschaften zu gewährleisten. Bei der Lösung der nationalen Probleme soll man sich mehr auf die gesellschaftlichen Strukturbildungen, darunter auf die örtlichen Organisationen der Gesellschaft „Wiedergeburt“ stützen. Es wird gefordert, eine wirksame Kontrolle über die Erfüllung des Programms der Ausbildung und Entwicklung von Kadern deutscher Nationalität zu gewährleisten.

mit der Bildung von Organisationskomitees für die Durchführung der Wahlen in den Regionen, wo die deutsche Bevölkerung ansässig ist, es werden Materialien über die Ziele und Aufgaben des Kongresses veröffentlicht. Am 21. bis zum 26. Oktober fand in Alma-Ata ein Festival der sowjetdeutschen Kultur und Kunst statt; dies ist ein großes kulturell-politisches Ereignis im Leben der deutschen Bevölkerung des Landes. Es wurde für notwendig erachtet, die Öffentlichkeit umfassender über den Stand der Vorbereitung des Kongresses in zentralen Massenmedien, besonders im Fernsehen, zu informieren und eine Zentralzeitung der Sowjetdeutschen zu gründen.

Die Mitglieder der Staatlichen Kommission wurden über die im Organisationskomitee eintreffenden Vorschläge sowie über die Übertragung der Termine der Kongreßtagung informiert, da es notwendig ist, die Durchführung der Wahl der Delegierten sorgfältiger vorzubereiten und eine Reihe von Programmdokumenten nachzubearbeiten. Das Organisationskomitee plant, die Termine der Durchführung des Kongresses auf seiner fälligen Sitzung am 13. November zu präzisieren wonach es Vorschläge der Regierung der UdSSR unterbreiten wird.

Der Sitzung präsiidierte W. K. Gussew, Stellvertreter Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Probleme der Sowjetdeutschen. (TASS)

Entgegengenommen wurde die Information von H. G. Wormsbecher, Stellvertreter Vorsitzender des Organisationskomitees, über das bisher Geleistete bei der Vorbereitung des Kongresses der UdSSR-Deutschen. Es wurde die Bestimmung über die Wahl der Delegierten zum Kongreß erarbeitet, ihren Fortgang nimmt die Entwicklung der Entwürfe der Bestimmung über die nationale Selbstverwaltung der Sowjetdeutschen, des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR über die staatlichen Garantien für ihre Selbstverwaltung und nationale Wiedergeburt sowie des Berichts an den Kongreß. Begonnen wurde

Entgegengenommen wurde auch eine Information des Komitees für Fragen der Gesetzgebung, Gesetzlichkeit und Rechtsordnung bezüglich des Gesetzesentwurfs der Kasachischen SSR „Über die Verstärkung der Verantwortung für eigenmächtige Besitzergreifung von Häusern, Wohnungen, Landhäusern und anderen Räumen sowie für eigenmächtige Aneignung von Boden und eigenmächtiges Bauen“. Zur Behandlung kamen die Mitteilungen der Komitees und der Kommission des Obersten Sowjets über deren Erörterung des Entwurfs der neuen Struktur der Staatsmachtorgane und der Volkswirtschaftsleitung in der Republik. Der Sitzung präsiidierte der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR J. M. Assanbajew. (KasTAG)

Im Sekretariat des ZK der KPdSU

Die Position der KPdSU im Hinblick auf die weitere Unteilbarkeit einer erneuerten Union, die Herausbildung einer Bürgergesellschaft und die Festigung des Rechtsstaates ist am Sonntag vom Sekretariat des Zentralkomitees der Partei erörtert worden. Im Verlauf der Beratung unter Vorsitz des Stellvertreters des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Wladimir Iwaschko wurde festgestellt, daß bei aller Vielfalt der Standpunkte die meisten Menschen in einem Unionsvertrag die einzigste Möglichkeit sehen, eine weitere Eskalation der Spannungen in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten zu verhindern und die erforderlichen Vor-

aussetzungen für eine Vertiefung der demokratischen Umgestaltungen zu schaffen. Als wichtigste Obliegenheiten der Union der Republiken bezeichneten die Sitzungsteilnehmer den Schutz von Souveränität und territorialer Integrität des Landes, die Gewährleistung seiner Staatssicherheit, die Organisation der Verteidigung und die Oberaufsicht über die Streitkräfte. Sie äußerten Besorgnis über armeerföndliche Erscheinungen in einigen Gebieten des Landes. Nach Erörterung dieser Frage faßte das Sekretariat des ZK der KPdSU den Beschluß, in Übereinstimmung mit der Orientierung des XXVIII. Parteitages

auf eine Erweiterung der Selbstverwaltung der Parteilorganisationen und der Selbstständigkeit der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken im Verband der KPdSU die Funktionen der Planung und Organisierung der Zusammenarbeit an die Basis zu delegieren. Von jetzt an werden den örtlichen Parteilkomitees umfassende Rechte eingeräumt sowohl bei der Wahl der Partner unter den territorialen Organisationen politischer Parteien zu denen die KPdSU offizielle Kontakte unterhält, als auch bei der Bestimmung der Formen und Methoden des Zusammenwirkens mit ihnen. (TASS)

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Mit unter den ersten erfüllte die Pachtbrigade von Sabit Sarybajew aus dem Kolchos „Krasnaja Swesda“, Rayon Dshetsysal, Gebiet Tschimkent, ihre Planaufgaben der Baumwolllieferungen an den Staat. Die Brigademitglieder bearbeiteten 160 Hektar Baumwollplantagen. Schon bei der Probeernte wurden bis 29,7 Dezitonnen Rohbaumwolle je Hektar gesammelt.

Große Aufmerksamkeit wird im Sowchos „Pribobolski“, Rayon und Gebiet Kustanai, in den letzten Jahren der modernen Technologie des Gemüsebaus geschenkt. Zum ersten Mal wurden hier die Mohrröhren maschinell sortiert. Jetzt haben 10 Arbeiter die Möglichkeit, bis 20 Tonnen Gemüse pro Stunde zu sortieren, was natürlich einen wesentlichen Nutzeffekt bringt.

Über 2 Millionen Tonnen überplanmäßige Güter beförderten die Lokführerbrigaden des Bahnbetriebswerkes Sary-Schagan im Gebiet Aktjubinsk im dritten Quartal dieses Planjahres. Diese Leistung ist dank der Anwendung von Schwerlastzügen erzielt worden.

Fast 32 Jahre ist im Werk für Bauausrüstungen Uralisk Nikolai Stscheglow als Dreher tätig. Er ist Veteran der Arbeit, ein erfahrener Lehrmeister der Jugend und einer der aktivsten Volkskontrolleure. Sein Tagessoll erfüllt er stets zu 150 bis 170 Prozent und liefert nur Qualitätsarbeit.

3 240 Kilogramm Milch erzielten in diesem Jahr je Kuh die Melkerinnen der Zuchtfarm des Lenin-Kolchos, Rayon Schemanacha, Gebiet Ostkasachstan. Das ist die beste Leistung in ganzem Rayon.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Sowchos „Nowoswetlowski“, Rayon Aryk-Balyk, Gebiet Kokschetaw, haben die Melkerinnen Marie Belassik und Ilmhardt Schlund seit Jahresbeginn über 4 000 Kilogramm Milch je Kuh gemolken. Solche Resultate wurden dank der fachkundigen Mastarbeit möglich.

Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Es fand eine fällige Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR statt. Zur Aussprache kamen Fragen der weiteren Arbeit der zweiten Tagung des Republikparlaments, deren Planarbeitsgängen am 13. November erneut beginnen. Das Präsidium erörterte und billigte unter Berücksichtigung des erfolgten Meinungsaustausches die Geschäftsordnung der Tagung.

Entgegengenommen wurde die Information des Komitees für Fragen der Entwicklung der Industrie, des Transport- und Fernmeldewesens des Obersten Sowjets zum Gesetzesentwurf „Über die Betriebe in der Kasachischen SSR“. Nach der allseitigen Erörterung wurde der Gesetzesentwurf dem Komitee für die Nacharbeitung zurückgestellt.

Abonniert die „Freundschaft“!

Liebe Leser, Sie haben noch Zeit, um unsere Zeitung zu bestellen — das Abonnement ist bis zum 1. Dezember (und außerhalb Kasachstans bis zum 15. November) möglich.

Die Schwierigkeiten der laufenden Werbekampagne voraussehend, schreiben wir bereits darüber in unseren Spalten. Aber, daß es darum so schlimm bestellt sein wird, konnten wir uns doch nicht denken. Jeden Tag laufen in der Redaktion Dutzende Briefe ein, in denen unsere langjährigen Leser, die sich ihr Leben ohne die „Freundschaft“ nicht vorstellen können, um Hilfe und Unterstützung bitten. In vielen Orten außerhalb Kasachstans werden die Bestellungen unserer Zeitung nicht entgegengenommen. Es fehlen die Kataloge der Presseausgaben der Kasachischen SSR. Auf alle unsere Forderungen, die Lage zu ändern, antwortet das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Kasachischen SSR, die nötige Anzahl der Kataloge sei in alle Republiken versandt worden.

Wir rufen alle unsere Leser auf: Seid beharrlich in Eurem Wunsch, die „Freundschaft“ zu bestellen, fordert von den örtlichen Leitern der „Sojuzpesschat“ die entsprechenden Kataloge, damit Sie die Zeitung im nächsten Jahr in Ihrem Briefkasten doch noch haben. Und es wird sich auch lohnen, denn wir stehen vor wichtigen Ereignissen im Leben unseres Volkes. Gemeint sind der Kongreß der Sowjetdeutschen und die darauffolgenden Maßnahmen. Die „Freundschaft“ wird ja wohl wieder fast die einzige Informationsquelle in Deutsch und in Russisch darüber sein. Abonniert die „Freundschaft“! Die Indexziffer im Katalog der Presseausgaben der Kasachischen SSR ist 654143; der Jahresbezugspreis — 12,50 Rubel.

Subscription form for 'Freundschaft' newspaper. Includes fields for name, address, postal code, and subscription details for 1991. The form is titled 'АБОНЕМЕНТ на газету "Фройндшафт"' and 'ДОСТАВочНАЯ КАРТОЧКА на газету "Фройндшафт"'. It includes a table for monthly subscription rates for 1991.

Ein neues Kapitel in den sowjetisch-deutschen Beziehungen

Befriedigt über die Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Vertrags hat sich der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow geäußert. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte er, dieses und andere in Bonn unterzeichnete wichtige Dokumente leitet „ein neues Kapitel in den sowjetisch-deutschen Beziehungen“ ein.

Bei der Vertragsunterzeichnung fuhr Gorbatschow fort, sei auf die große historische Bedeutung dieses Tages für das Schicksal der deutschen Nation, für das sowjetisch-deutsche Verhältnis und für Europa insgesamt hingewiesen worden. „Wir erkennen die neue Rolle unserer beiden großen Staaten in dieser sich schnell wandelnden Welt, in der Welt, die auch umfangreiche Möglichkeiten für die Neugestaltung der internationalen Beziehungen im Geiste der Herausforderungen der Zeit bietet, und wir erkennen auch die Gefahren, die jede Jäh-Wende in sich birgt“, führte der Präsident aus.

Eben deshalb, so fügte er hinzu, sei es im Rahmen der politischen Diskussionen und des Meinungsaustausches zwischen den Führungen beider Länder schon vor der Vereinigung Deutschlands für notwendig und möglich befunden worden, ohne Zeitverzug mit der Ausarbeitung neuer, grundlegender Rechtsakte zu beginnen, die das beiderseitige Verhältnis bereits in der neuen Entwicklungsphase Europas regeln sollen.

Als „bisher beispiellos“ in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete Gorbatschow die Tatsache, daß sich auf dem Territorium Deutschlands befristet eine große sowjetische Truppengruppierung aufhalte.

Er bewertete hoch die Haltung von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher, die „das deutsche Volk aufgerufen haben, die Sowjetsoldaten, die sich hier auf Grund bestimmter Entscheidungen und Verträge aufhalten, als Angehörige einer befreundeten Armee zu betrachten“.

Der sowjetische Staatschef informierte weiter, daß bei den Gesprächen in Bonn der Analyse der Lage am Persischen Golf viel Raum gewidmet wurde. Beide Seiten stimmten darin überein, daß es notwendig sei, „unbeirrbar und konsequent im Geiste der Meinung und der Beschlüsse der Organisation der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates zu handeln“, sagte Gorbatschow.

Er warnte erneut vor Versuchen, die Weltgemeinschaft zu spalten und deren Konsens zu stören. „Wenn wir uns in der neuen Friedensperiode als unfähig erweisen, die entstehenden Probleme zu lösen, können wir uns auf sehr ernste Folgen gefaßt machen“, erklärte er. „Wir müssen einig sein.“

Nach Fortschritten beim Widerstand gegen das Vorgehen des Iraks am Persischen Golf fragte, sagte Gorbatschow: „Ich denke, all das, was wir bisher gemeinsam im Rahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen getan haben, ist ein überaus großer Sieg.“ Erstens werde zum erstenmal — möglicherweise

Gorbatschow und Kohl sprachen auf Pressekonferenz in Bonn

in der Geschichte überhaupt — in einer akuten Situation gemeinsam im Geiste der Einheit und des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Weltgemeinschaft vorgegangen, und zwar im Rahmen der UNO, die gegründet worden sei, um den Frieden zu verteidigen und zu erhalten. Gemeinsam sei der Aggressor verurteilt worden. „Wir haben verschiedene Maßnahmen eingeleitet und setzen sie in die Tat um, und alle Versuche, diese Einheit zu zerrütten, sind gescheitert und werden auch künftig scheitern.“

„Und schließlich“, fuhr der Präsident fort, „bewahren wir den Frieden. Diese Region, die eine Energiequelle für die Weltwirtschaft darstellt, funktioniert, und dies bedeutet, daß die Weltwirtschaft im Interesse der ganzen Weltgemeinschaft funktioniert.“ Gorbatschow vertrat ferner die Auffassung, daß die UNO unter Einsatz ihrer Instrumente über das weitere Vorgehen entscheiden wird. Er warnte zu gleich davor, „diese oder jene Operationen zu planen“, und äußerte die Überzeugung, daß die UNO „bei Zusammenarbeit und Analyse konsequent verfahren wird“ und ihre Beschlüsse erfüllt werden.

Als Fortsetzung der Gespräche in Moskau und im Kaukasus wertete Bundeskanzler Kohl die jetzigen Verhandlungen mit Präsident Gorbatschow in Bonn. In seiner Erklärung auf der gemeinsamen Pressekonferenz stellte er fest, daß bei diesem Besuch gute Arbeit geleistet worden sei.

Der Kanzler hob das gegenseitige persönliche Vertrauen her-

vor, das sich erneut bewährt habe. Einmal mehr sei über die künftige Zusammenarbeit gesprochen worden. Vor allem im Bereich der Wirtschaft sei man sich einig gewesen, daß die jetzt in ein neues Stadium getretene Wirtschaftsreform in der Sowjetunion auch von der Bundesrepublik durch Rat und Tat unterstützt werde.

„Wir werden dies tun, sowohl bilateral, in unseren Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, als auch überall dort, wo wir multilateral mitwirken können“, fügte er hinzu. „Wir haben vereinbart, daß auf diesem Weg die Bundesregierung eine hochrangige Sachverständigengruppe auf Grund ihrer Anforderungen bei der Unterstützung der Wirtschaftsreformen mit benennen wird.“

Positiv äußerte sich der Bundeskanzler zur Realisierung umfassender Austauschprogramme, insbesondere für die „Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft“.

„Wir haben ausführlich auch über die besonderen Anliegen der Sowjetdeutschen gesprochen“, fuhr Helmut Kohl fort. „Der gerade eben unterzeichnete Vertrag gewährleistet diesen Menschen das Recht, ihre Sprache, ihre Kultur und Tradition zu pflegen und auch zu erhalten. Wir wollen ihnen dabei helfen.“

Unter den internationalen Themen habe die Entwicklung am Golf im Mittelpunkt gestanden. „Wir haben mit großer Sorge festgestellt, daß sich die irakische Führung nach wie vor wel-

gelegt, die Forderung der Völkergemeinschaft nach Freilassung aller Geiseln aller Nationen und nach vollständigem Rückzug aus Kuwait zu erfüllen“, sagte der Kanzler. Als eine „durchaus ermutigende Reaktion“ wertete er die große internationale Solidarität „gegen Aggression und Gewalt“, die in nunmehr zehn Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats zum Ausdruck komme. „Wir waren uns einig in unserem Gespräch heute“, bemerkte der Regierungschef, und Gorbatschow stimmte ihm darin zu, „daß der Sicherheitsrat und insbesondere seine ständigen Mitglieder ihre Anstrengungen zur Durchsetzung des internationalen Rechts fortsetzen und verstärken müssen“, betonte Kohl.

„Ich sehe keine Gegner der Sowjetunion“, erklärte der sowjetische Präsident Gorbatschow auf die Frage eines Journalisten, wer die UdSSR als potentiellen militärischen Gegner betrachte. „Es gibt weder Völker noch Länder, die wir der Vorbereitung eines Krieges gegen uns verdächtigen könnten“, betonte er.

Gerade so werde die heutige Welt von der sowjetischen Führung gesehen. Sie habe auf der Grundlage dieser Analyse ihre Verteidigungsdoktrin gestaltet, die der Umgestaltung der Streitkräfte der UdSSR folge. „Wir stehen vor einer tiefgreifenden Reform der Streitkräfte, deren Entwurf bereits der Regierung übergeben worden ist und anschließend dem Obersten Sowjet zugeleitet wird“, führte Gorbatschow aus.

Er äußerte die Ansicht, daß „sich heute eine einmalige Ge-

legenheit bietet, neue internationale Beziehungen auf der Basis der Abrüstung zu gestalten“. In diesem Zusammenhang schätzte er die in Wien zu Ende gehenden Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa und die vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen hoch ein. Dieser Fortschritt sei ein Beweis für die tiefgreifenden Veränderungen in der Politik nicht nur der Hauptakteure in der Weltarena, sondern auch der gesamten Weltgemeinschaft, meinte er. „Unser Ziel ist eine Welt ohne Kernwaffen und Gewalt“, unterstrich Gorbatschow. Er rief dazu auf, das sinnlose Wettrennen einzustellen, „das die internationalen Beziehungen vergiftet und selbst so reiche Länder wie die UdSSR und die USA ruiniert“ habe.

Auf die Frage von TASS, ob der soeben unterzeichnete Vertrag die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Beziehungen der UdSSR mit dem Ostteil des geteilten Deutschland sichert, vertrat Michail Gorbatschow die Auffassung, „daß diesbezügliche Befürchtungen „in bedeutendem Maße“ ausgeräumt werden. Sie werden „ausgeräumt durch jene Verträge und Dokumente, die wir bisher unterzeichnet haben, und durch die Vereinbarungen auf politischer Ebene, auf höchster Ebene, die darauf hinauslaufen, den Realitäten Rechnung zu tragen und so zu verfahren, daß diese Beziehungen, die bisher bestanden haben, sogar als gute Brücke für die Entwicklung und Erweiterung der Beziehungen mit ganz Deutschland dienen“.

Dennoch hielt es der sowjetische Staatschef für angebracht, wie er sich ausdrückte, „die Zusicherung Herrn Kohls nicht zu tun“. Dies komme aber „auch in den Dokumenten zum Ausdruck“ — es ist vorgesehen, diese vielfältigen Beziehungen aufrechtzuerhalten, mehr noch, sie nunmehr so zu handhaben, daß sie als ganzes im Verhältnis zum geteilten Deutschland genutzt werden.

Bundeskanzler Kohl äußerte seinerseits die Ansicht, daß „sich die Situation für die Sowjetunion im Blick auf die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zu dem wiedervereinigten Deutschland verbessert“. Die wirtschaftliche Beziehung der Sowjetunion mit dem geteilten Deutschland sei ja zugleich die Beziehung zu einem Land, das zu den wichtigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gehöre, bemerkte er. „Und die Europäische Gemeinschaft wird — das ist klar absehbar — in einer sehr kurzen Zeit noch weiter an einer erheblichen wirtschaftlichen Dynamik gewinnen“, führte der Kanzler aus.

Im Namen seiner Regierung versicherte Kohl: „Wir wollen, daß die Reformpolitik in der Sowjetunion, die mit dem Namen von Michail Gorbatschow verbunden ist, Erfolg hat“. Er fügte hinzu: „Wir wollen, daß über den heutigen Tag hinaus deutlich wird, daß dies eine Chance ist für den Frieden in Europa, für den Ausgleich. Und alles, was zum Frieden in Europa beiträgt, geht weit über die europäische Region hinaus“, sagte Kohl.

Eine einigige Familie

Häuser solcher Bauart wie das zweistöckige Haus der Familie Fett in der Schkolnaja-Straße gibt es in Temirtau vorläufig nicht viele. Nur noch zwei Familien bauen jetzt in der Telegrafny-Gasse ähnliche Häuser.

In der Schkolnaja-Straße, 106 wohnt in Eintracht die große Familie von Franz und Therese Fett. Der Hauswirt ist Rentner, und seine Gattin ist Hausfrau. Die beiden müßten eine schwere Jugendzeit durchmachen. Der brutale Krieg und die Jahre des Wiederaufbaus des Landes hinterließen eine unvergängliche Spur in ihrem Leben. Für Therese und Franz gab es damals keine Zeit zum Weiterlernen. Nach der Siebenklassenschule mußten sie zum Wohl der Heimat arbeiten. Wie Franz in diesen 38 Jahren gearbeitet hat, kann man nach seinen Auszeichnungen urteilen. Er ist für seine schöpferische Tätigkeit im Autokombinat Temirtau und in der Autokolonne Nr. 2591 mit dem Orden „Zelchen der Ehre“, mit den Medaillen „Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins“, „Teilnehmer der X. Neuländerte“ und vielen anderen ausgezeichnet worden. Bis zu seiner Pensionierung war er die letzten neun Jahre Hydraulikschlosser im 2. Walzabschnitt des Hüttenkombinats.

Seine Frau Therese und er erzogen ihre fünf Kinder, die alle Hochschulbildung haben. Die älteste Tochter, Maria, hat die Universität in Woronesch absolviert; sie arbeitete drei Jahre in Kurnsk und kehrte dann ins Elternhaus zurück. Heute schenkt die Kommunistin Maria Matjuscha, Biologielehrerin in der Wasserkilanlage der Produktionsvereinigung „Karbid“, den Fragen des Umweltschützes große Aufmerksamkeit.

Die anderen Kinder — Michael, Lina, Peter und Eugen — haben die örtliche technische Hochschule absolviert und sind heute in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft tätig. Michael ist Meister in einem Maschinenbauwerk in Bodaibo, Jakutien, Lina ist Güterkontrolleurin im Hüttenwerk Karaganda, Peter ist in einem Walzabschnitt des Walzwerks Nr. 400 tätig. In diesem Jahr absolvierte auch Eugen mit Erfolg die technische Hochschule. Trotzdem arbeitet er vorläufig als Reparaturschlosser, denn er möchte alle Mechanismen des in unserem Lande ersten Durchlaufgießereibetriebs gründlich kennenlernen.

„Leider konnten mein Mann und ich keine Fachausbildung bekommen, haben aber beschlossen, unser Möglichstes zu tun, um den Kindern Hochschulbildung zu gewähren“, sagt Therese Fett. „Unser Wunsch ist nun in Erfüllung gegangen. Wir sind stolz auf unsere Kinder, die zu ehrlichen, arbeitsamen und gebildeten Menschen geworden sind.“

10 Enkelkinder haben Franz und Therese. Franz Fett kennt auch jetzt keine Ruh. Als ausgezeichneter Hauswirt hat er in seinem Haushalt immer zu tun. Die Familie Fett besitzt einen eigenen „Shiguli“. Vater Fett hat seinen Söhnen das Autofahren beigebracht. Sie alle haben nun Führerscheine.

Beim Weggehen bemerkte ich einen absetzenden Mann mit einem Zeichenblock. Er will ein Eigenheim bauen und war gekommen, um Franz Fett zu konsultieren.

„Ich möchte auch sehr gern in solch einem Haus wohnen“, sagte er.

Andrej KASANSKI
Temirtau



Wir stellen vor: Anatol Dieder, Deputierter des Zelinograd Stadt-Exekutivkomitees, Major der Staatlichen Kraftfahrzeuginspektion des Gebiets Zelinograd, Mitglied der KPdSU, Stellvertreter der Bataillonskommandeure des Gebiets. Ihm sind 260 Mitarbeiter der Staatlichen Kraftfahrzeuginspektion unterstellt, und mit jedem muß man individuell umgehen und sich in hohem Grade als Mensch zeigen, und Anatol Dieder versteht sich darauf.

Foto: Juri Kasakow

Devisenkomitee tagte

Die erste Sitzung des Devisenkomitees der Union und der Republik hat am Sonntag in Moskau unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. I. Ryschkow, stattgefunden. Dieses Organ war auf Beschluß des Präsidenten der UdSSR vom 2. November gebildet worden.

Der Regierungschef nannte die Aufgaben, vor denen das Komitee steht. Er äußerte sich zur Organisation der praktischen Arbeit des Komitees angesichts der Vorbereitung für den Abschluß eines neuen Unionsvertrages und zu den Anstrengungen aller Republik für die Stabilisierung der Volkswirtschaft und den Übergang zur Marktwirtschaft.

Der Vorsitzende der Staatlichen Außenwirtschaftskommission des Ministerrates der

UdSSR, Stepan Sitarjan, berichtete über Vorschläge zur Dekung des Importbedarfes der Wirtschaftskomplexe der Republik und der Union im Jahr 1991.

Verwiesen wurde auf die Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen zur Erweiterung des Exports und zur Sicherung der vorbehaltlosen und termingerechten Erfüllung der Verpflichtungen, die die sowjetische Betriebe und Organisationen gegenüber ihren ausländischen Partnern übernehmen haben.

Im Ergebnis einer konstruktiven Diskussion wurde eine Vereinbarung über die weitere Tätigkeit des Komitees erzielt, die auf eine konsequente Lösung der Devisen- und Finanzprobleme des Landes gerichtet ist.

(TASS)

Marktwirtschaft im Spiegel soziologischer Untersuchungen

In der sowjetischen Gesellschaft habe sich ein ungünstiges psychologisches Klima herausgebildet, das den Prozeß der angestrebten Reformen ernsthaft erschweren könnte, stellt die Wochenschrift „Poisk“ im Zusammenhang mit den Ergebnissen einer Befragung fest, die von Fachleuten des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR vorgenommen worden ist.

Laut Ergebnissen der Befragung sind die Gruppen der Bevölkerung fast verschwunden, die die ökonomische Situation im Lande in dem einen oder anderen Grad positiv bewerten. Die meisten Befragten halten sie für schlimm und von 31 bis 44 Prozent sogar für „sehr schlimm“. Drastisch ist die Zahl der Menschen zurückgegangen, die in eine Verbesserung der Situation in den nächsten zwei bis drei Jahren vertrauen. Die Befragung war unter Angestellten, dem Ingenieur-technischen Personal, unter leitenden Mitarbeitern auf einer niedrigeren, mittleren und höheren Ebene in acht Großstädten, solchen wie Moskau, Alma-Ata, Wolgograd und Kischinow vorgenommen worden.

Die Ergebnisse der Umfrage haben gezeigt: Das Ansehen der KPdSU als Beschützerin der Interessen der Werktätigen ist äußerst gering. Mit der KPdSU verbinden ihre Hoffnungen auf Verbesserung ihrer Lage lediglich zwei Prozent der Bevölkerung. Gering ist auch das Ansehen der Gewerkschaften. Auf sie setzen ihre Hoffnungen lediglich fünf Prozent der Befragten.

(TASS)

Thea EMICH

Wie wenig hab ich, ach, gelebt, durchlebt wie vieles...

Es traf sich so, daß zu dieser Zeit ein Agronom mit Namen Nikolski (ein junger Mann, der vom Frontdienst freigestellt war) aus der Gebietsverwaltung für Landwirtschaft in Balachon weilt. Es schien, er müßte daran interessiert gewesen sein, daß man mich nach Kasatschinsk einwies, aber auch er unterließ es, für mich ein Wort einzulegen. Ich glaube, sein Verhalten mir gegenüber läßt sich nur durch seinen Chauvinismus, seinen Haß auf die Deutschen, vielleicht aber auch durch ganz gewöhnliche Mißgunst erklären. So jung und schon Kandidat der Wissenschaften, bekommt einen guten, verantwortlichen Posten auf einem Versuchsfeld! Die kann noch warten, diese Deutsche, kann gerade so gut wie andere zum Holzfallen in die Taiga gehen. Weiß nicht, ob er so gedacht hat, aber so ungefähr bestimmt, denn er tröstete mich damit, daß ich ja noch genug Zeit hätte, nach dem Krieg alles nachzuholen, warum denn so eilen und dergleichen mehr. So sprach er, mir aber schien es, ihm bereite mein Mißgeschick Genugtuung.

So kam es, daß man auch mir den Personalausweis abnahm, mich in die Liste eintrug und befahl, mich reisefertig zu machen. Es waren schwere Stunden, die ich an jenem Abend verlebte. Ich saß an Poljas Tisch, weinte und wiederholte immer wieder: „Sie haben mir meinen Leningrader Ausweis genommen!“ Das schien mir das Schrecklichste. Warum, weshalb mußte ich, weiß Gott, weinen, durfte nicht zu meiner neuen Arbeitsstelle?

Es war Mitte Oktober, als ich aus der MTS entlassen wurde und wir alle reisefertig waren; aber es ging nicht gleich fort, wir mußten noch eine Zeitlang in Balachon warten. Es hieß, wir sollten nur das Älternötigste mitnehmen, wie die Männer, wenn sie einberufen wurden. Das war schon falsch, denn an der Arbeitsfront, zumindest in den ersten Jahren, gab es keine Kleider, nichts, überhaupt nichts, darum litten die Menschen doppelte Not. Von jeher war ich ein bis zur Naivität disziplinierter Mensch, darum ließ ich meinen Koffer mit den letzten Sachen in Balachon zurück. Eine bekannte Lehrerin, die Frau von Kurliowitsch, versprach mir, meine Sachen aufzubewahren. Ich war ihr dafür dankbar. Ende Oktober ging's dann endgültig fort, zuerst zur Bahn nach Kosulka. Die Männer waren schon vor einigen Tagen aus Balachon fortgebracht worden, lagen aber, wie es sich herausstellte, immer noch auf dem Bahnsteig von Kosulka. Und nun kamen noch die Frauen dazu, doch nicht nur aus Balachon, sondern aus allen Dörfern dieses großen Rayons.

Der Weg ins Ungewisse

Und so lagen wir nun alle, sehr viele an der Zahl, zu beiden Seiten des Bahnsteiges von Kosulka. Es wurde November, wir aber saßen und lagen noch immer auf unserem Gepäck an der Bahn. Einige wie ich hatten davon nur das Nötigste, andere wieder, meist alleinstehende Frauen, hatten ihr ganzes Hab und Gut mit. Wem sollten sie es auch in der Fremde lassen?

Schon auf dem Bahnsteig fiel mir eine energische, sympathische

schöne Frau auf — Was Maria Kuhn. Sie mochte Anfang Dreißig sein, im Schafspelz, Filzstiefeln, mit einem warmen Tuch um den Kopf. Sie fiel dadurch auf, daß sie nur ein kleines Bündel bei sich hatte. So stand sie da, sollte für vier weiß wie lange und wie weit fort, und all ihr Vermögen blieb zurück bei fremden Leuten. Sie war mit den Männern gekommen, um ihren Sohn zu verabschieden; dann wurden auch die Frauen eingezogen und mußten schnellstens zur Bahn. Es blieb ihr keine Zeit übrig, um dreißig Kilometer zurückzulegen und ihre Sachen zu holen. Gewiß, wenn man gewußt hätte, wie lange wir auf den Zug warten würden, hätte sie es wagen können, so aber nicht. Eine Gelegenheit zu fahren, gab es nicht.

Ich weiß nicht mehr recht, ob wir da Verpflegung erhielten und wie lange wir dort auf den Zug gewartet haben, erinnere mich nur daran, wie hungrig wir waren, wie wir froren und wie uns die Ungewißheit quälte. Wo geht's hin, nach Ost oder nach West?

Dort traf ich eine Bekannte aus Saratow, wir hatten dieselbe Schule beendet, ich hatte mit dem Bruder von Olga Fricke zusammengelernt. Sie war schon seit Herbst 1941 hier und arbeitete, wenn ich nicht irre, irgendwo im Kontor in Kosulka. Sie war Agronom, hatte selberzeit die Landwirtschaftliche Hochschule in Engels absolviert, hatte einen kleinen Sohn und hoffte bis zuletzt, man würde sie darum aus der Arbeitsarmee entlassen. Jemand hatte es ihr versprochen, sie war dafür sehr dankbar gewesen, es kam sogar zur Annäherung. Leider hat es nicht geholfen; der Freund hat vielleicht nichts ändern können oder wollen.

Einmal war ich mit Olga in der Wohnung bei ihr oder bei Bekannten, weiß nicht mehr genau, ich weiß nur, daß ich glücklich war, denn ich hatte mir für Sachen Filzstiefel eingetauscht. Ich war ja fast barfußig, hatte nur leichte weiße Sommer Schuhe. Als ich im Sommer nach Abakan fuhr, wurde ich bestohlen. War eben immer leichtgläubig und vertrauensselig, ließ meine Schuhe mit Galoschen unten stehen und wurde dafür bestraft.

Endlich hieß es, der Zug kommt. Wir waren überglücklich, als er von Osten kam. Also gingen nach Westen, der Heimat zu.

Wieder waren es Tepluschki, d. h. Güterwagen mit Pritschen und eisernen Ofen, mit vergitterten Fenstern; wieder wurden wir in aller Eile geladen. Ich glaube, wir hatten uns davor schon irgendwie gruppiert, und so kam ich mit Was Maria Kuhn und ihrem Sohn in einen Waggon. Sie hatte es nämlich durchgesetzt, ihren Jungen, den Konrad, zu sich in den Frauenwagen nehmen zu dürfen. Klein von Wuchs, war er ein stiller, schüchtern Junge, dem man seine 16 Jahre nicht ansah. Als einziges Kind war er ihr ein wenig lieb, und alles, ihr Mann war 1937 verschollen, und Frau ließ den Jungen all die schweren Jahre nicht von sich.

Wir richteten uns, soweit das möglich war, ein, und langsam ging es nach Westen. Wir fuhren lange, froren und hungerten. Oft standen wir auf einem toten Gleis und ließen lange Züge an uns vorbeifahren. Dann gingen energische, selbstsichere Frauen

hamstern. Sie besorgten auch Kohle, klauten sie, wenn's nicht anders ging; das Ofenchen mußte ja ständig gespeist werden und nicht nur der Wärme wegen; wir mußten uns auch das Essen zubereiten und Wasser aufkochen.

Wie lange wir fuhren, weiß ich nicht mehr, aber am 30. November waren wir in Tscheljabinsk und standen da einige Tage. Habe es behalten, denn, wie ich später erfuhr, wurde an diesem 30. November dort meine Nichte geboren. Die Mutter lag im Sterben, und nur ein Zufall rettete sie. Ihr Leben hatte sie einem bekannten Arzt zu verdanken, der auf der Durchreise sie aufsuchte und ihr die nötige Arznei besorgte.

Dann ging's langsam durch das Uralgebirge bis nach Ufa. Wie freuten wir uns, als wir wieder in Europa waren! In Ufa stand unser Zug wieder und wir begangen da den Tag der Verfassung, d. h. den 5. Dezember. Das hat sich mir eingepreßt, weil einige unserer Frauen wieder auf Kokschiele gingen und sich schöne, grobe glänzende Stücke davon vor einigem Güterwagen holten. Sie brachten viel Kohle und machten auch einigen Vorrat. Später, als das Feuer lustig brannte, freuten wir uns über das schöne Geschenk „zum Tag der Stalinschen Verfassung“.

Wieviel schmerzliche Erinnerungen hängen bei mir mit dieser Stadt zusammen! Da hatten wir einige schöne Wochen verbracht, die letzten zusammen mit unserem Vater. Hier, auf diesem Bahnsteig hatten wir uns am 8. August 1937 für immer verabschiedet. Ein Jahr später war ich wieder hier gewesen, um etwas über Vaters Schicksal zu erfahren, aber umsonst; mußte unverrichteter Dinge wieder nach Kulbyschew zurück.

Wie es schien, wurde in Ufa unser Schicksal entschieden, und in Tschischmy trennten sich unsere Wege: Ein Teil der Waggon, mit Frauen und Männern, fuhr weiter in Richtung Kulbyschew bis nach Buguruslan, die anderen fuhren in Richtung Ujlawsk bis zur Station Urussy. Und wieder wurden Verwandte und Bekannte getrennt, denn es gab da auch einige Familien, wo Mann und Frau in verschiedenen Waggonen fuhren. Wie freute sich Was Maria, daß sie ihren Jungen bei sich hatte! Daß sie es noch in Kosulka durchgesetzt und sich die Erlaubnis dazu abgetrotzt hatte, denn man wollte ja Konrad unbedingt in einem Waggon mit Männern unterbringen.

Die Ankunft in Sozgorod

Eines Morgens hielten wir an der kleinen Station Urussy, wurden ausgeladen, und lagen wieder auf dem Bahnsteig und warteten. Es war kalt, und ringsum lag Schnee. Hier erfuhren wir, daß man uns ins baschkirische Erdölgebiet gebracht hatte.

Wenn ich es so recht bedenke, hatten wir wieder etwas Glück. Es hätte ja ostwärts oder nördlich in die Taiga zum Holzfallen gehen können, wo doch so viele Menschen zugrunde gegangen sind. Wir aber kamen ins Erdölgebiet von Baschkirien. Gewiß war es auch hier nicht leicht, aber soweit ich weiß, gab's unter uns keine Sterbefälle. So etwas hätte sich ja herumgesprochen.

(Fortsetzung folgt)

(Fortsetzung Anfang Nrn. 207 — 211)



PANORAMA

Alltag eines Flüchtlingslagers

In Ain El-Hilweh ist es wie derzeit überall, wo Palästinenser leben: dem irakischen Staatschef Saddam Hussein schlägt eine Welle der Sympathie entgegen. „Saddam, Saladin, Nasser — die wahren Führer der Araber“, steht in Sprühdosen auf einer Mauer im Größten Flüchtlingslager Libanons. „Ja zu Irak wegen der Kriegserklärung an Arabiens Feindallianz“, ist zu lesen, daneben ein „nein zum Krieg Amerikas“. Allgegenwärtig das Konterfei des „Nationalhelden“ von Bagdad, neben ihm Poster von Abu Amar, wie PLO-Chef Yasser Arafat vertraut genannt wird.

Der Versuch Bagdads, die Lösung der Palästina-Frage mit der Regelung des Golf-Konflikts zu koppeln, hat Wirkung erzielt. Viele in Ain El-Hilweh sehen in Saddam Hussein so etwas wie einen Messias, der ihre Flüchtlingslager beenden kann. Wer das Camp gesehen hat, versteht warum.

60 000 Menschen leben hier am Rande der Mittelmeerstadt Salda zusammengedrängt auf engstem Raum: Irreführend der Name des Lagers, zu Deutsch „Süße Quelle“. Für Neuankommende ist kaum noch ein Plätzchen frei, schon jetzt sind selbst für die Armlichsten Behausungen — windschiefe Wellblechhütten — 40 000 Libanesische Pfund Miete im Monat zu zahlen. Wer in einem bescheidenen, aber immerhin festen Haus wohnen will,

muß das Zwei- bis Dreifache berappen. Die Vermieter wohnen nicht im Lager, sondern entweder in Salda oder weit weg am Golf und in Libyen.

Der 70jährige Abdullah Hourani weiß auf Anhieb den Tag seiner Ankunft in Ain El-Hilweh: es war der 24. August 1948. Damals war der erste arabisch-israelische Krieg im Gange, Palästinenser aus Galiläa flohen zu Tausenden nach Südlibanon. 1948 entstand das Camp als provisorische Zeitstadt für 17 000 Bewohner. In den fünfzig Jahren wurden die ersten Lehmziegelhäuser gebaut, Ende der 60er Jahre die ersten aus Beton. Abdullah, der vorher auf einer Zitrusplantage gearbeitet hatte, nahm die Waffe in die Hand und wurde ein „Mugattil“ (Kämpfer). Die palästinensischen Gurillas wurden im Verlaufe der Jahre zu einer militärischen Macht in Libanon, und Abdullahs Biographie wurde zu einer Aneinanderreihung von kriegerischen Ereignissen: 1975 Beginn des libanesischen Bürgerkrieges, 1982 israelische Invasion, 1987 „Lagerkrieg“ gegen die prosyrische schrittweise Amal-Bewegung. Aus Abdullahs Erlebnissen formte sich eine Philosophie: „Wir müssen stark sein, um unser Recht zu bekommen. Wer schwach ist, geht leer aus.“ Aber, so räumt er ein, eine friedliche Lösung für die Palästinenser sei besser als Krieg.

„Wenn wir mit dem Verhandeln nicht weiterkommen, müssen wir andere Wege gehen.“

Viele der Jungen denken anders. Für sie ist das Thema Diglog mit Israel passe. In den Gassen des Camps sitzen Männer um die 20 herum — nicht wenige in Uniform, mit Gewehr. Der Dienst verschafft ihnen Autorität und auch Geld zum Leben. Jobs sind knapp, obwohl Ain El-Hilweh noch relativ gut dran ist. Immerhin finden einige Arbeit bei dem Unternehmer Rafik Hariri, der aus Salda stammt und mit saudiarabischem Paß zu einem der reichsten Männer Libanons aufstieg. Hariris Firma ist überall, wo gebaut wird.

Ein Uhr Mittags. Mädchen stürmen aus ihrer Schule. „Hittin“ steht in großen Lettern über dem Eingang. Das Wort weist auf eine Sternstunde der Moslems hin: Bei Hittin hatte Saladin die Kreuzritter geschlagen. Die meisten anderen der sieben Schulen sind nach palästinensischen Ortschaften im heutigen Israel benannt.

Der 43jährige Jussuf und seine Frau haben acht Kinder, vier Söhne und vier Töchter. Zwei der Söhne sind aus dem Haus, mit den anderen Kindern haust er in einer Wellblechhütte am Rande des Lagers. Ein Loch der Decke ihrer dunklen Bucht stammt von einer Kugel, erinnert an Gefechte zwischen Arafats Fatah und dem nicht zur PLO gehörenden „Fatah-Revolution“ des berüchtigten Abu Nidal. Im August erreichten die Fraktionskämpfe ihren Höhepunkt, seitdem kontrolliert die Fatah Arafats das Lager.

Jussuf lehnt Abu Nidals Methoden — dazu gehört die Entführung von Ausländern — ab, und damit spricht er für die große Mehrheit der Palästinenser. In Salda waren im Oktober 1989 zwei Schweizer Rot-Kreuz-Helfer gekidnappt und erst nach zehnmönatiger Gefangenschaft wieder freigelassen worden. Die Verantwortung übernahm eine bis dahin unbekannte Gruppe namens „Palästinensische Revolutionäre Fraktionen“, in der ein Ableger der Abu-Nidal-Organisation vermutet wird. Ain El-Hilweh geriet in den Ruf eines Entführerortes, obwohl die tatsächlichen Schlußwörter der Geiselnahme höchst selten bekannt werden.

Im Gespräch bekomme ich dann noch eine Kostprobe des fast blinden Glaubens an die Deutschen, wie er generell unter Arabern ziemlich verbreitet ist. „Deutschland wird uns helfen“, hofft Jussuf.

Kurz vor dem PLO-Posten am Lagerausgang sehe ich auch noch Schwarz-Rot-Gold: „Deutschland ist doch Weltmeister“, klärt mich mein Begleiter auf. Und mit Glanz in den Augen: „Matthäus ist unser Idol.“

Na denn: Maa Salama — Friede sei mit euch.

Impfstoffe gegen Tierseuchen

Nach 18monatiger Unterbrechung kann Simbabwe in diesem Monat seine Rindfleischlieferungen in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) wieder aufnehmen. Sie mußten im Mai vergangenen Jahres eingestellt werden, nachdem die Maul- und Klauenseuche (MKS) festgestellt worden war. Durch die seitdem ausgefallenen Fleischexporte erlitt das Land Devisenverluste von nahezu 150 Millionen Simbabwe-Dollar.

Bei der Bekämpfung der Seuche arbeiteten die simbabwischen Veterinärmediziner eng mit ihren Kollegen im benachbarten Botswana zusammen, das ebenfalls zu den EG-Fleischlieferanten gehört. Zum Schutz der Tierbestände — in Botswana kommen statistisch auf jeden der 1,3 Millionen Einwohner zwei bis drei Rinder — hat die Regierung mit Unterstützung des renommierten Merieux-Instituts im französischen Lyon eine leistungsfähige Impfstoffproduktion aufgebaut. Das Botswana Vaccine Institute (BVI) im Norden der Hauptstadt Gaborone kann im

Jahr bis zu 20 Millionen Dosen MKS-Impfstoff produzieren. Alle 15 Millionen Dosen davon wurden im vergangenen Jahr an Simbabwe geliefert. Auch Malawi, Mocambique, Namibia, Sambia, Swasiland und Tansania sowie Burundi gehören zu den Abnehmern.

Grundlage dieses Erfolges, so erläuterte der französische Spezialist und technische Manager des Instituts, B. Quiloteau, in einem ADN-Gespräch, waren die sehr gute Qualität der Impfstoffe und der erreichte hohe Stand der Sicherheit in der Produktion, so daß von hier keine Gefährdung der Umwelt ausgeht. Das Institut wurde 1978 auf Beschluß der Regierung gegründet, als in weiten Teilen des Landes die Maul- und Klauenseuche grassierte und der aus Europa importierte Impfstoff nicht wirkte. Als Koordinator der MKS-Konferenzen in den Mitgliedsländern der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung in Südlichen Afrika (SADCC) ist das Institut heute verantwortlich für die Diag-

nose und Charakterisierung der südafrikanischen Typen des MKS-Virus und die Entwicklung entsprechender Vakzine. Künftig sollen hier das regionale Referenzlabor und eine Impfstoffbank der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) eingerichtet werden.

Da die EG-Bestimmungen festlegen, nur Fleisch von nichtgeimpften Tieren abzunehmen, ist die Impfung in Simbabwe und Botswana auf die Rinder in den MKS-Schutzzonen beschränkt. Diese sind in der Umgebung großer Nationalparks oder Wildreservate angelegt, da man davon ausgeht, daß die afrikanischen oder Kaffernbüffel Träger der Krankheit sind, ohne selbst daran zu erkranken. Durch die Umzäunung riesiger Gebiete und scharfe Strafbestimmungen gegen ungenehmigte Tiertransporte wird versucht, die Herden der Rinderzuchtgebiete von denen der Schutzzonen und besonders von den oft hunderte Tiere zählenden Büffelherden zu isolieren.

Drohen und Rache

Die Ermordung des radikalen und militanten Chefs der israelischen Kach-Partei, Rabbi Meir Kahane, hat zu einer jähren Zunahme der Spannungen in Israel und in den besetzten arabischen Gebieten geführt. Die israelischen Sicherheitskräfte wurden in Alarmbereitschaft versetzt und in neutralen Regionen verstärkt. Mehr als 100 000 Araber aus den besetzten Gebieten kommen täglich zur Arbeit nach Israel.

Kahane war in einem New Yorker Hotel niedergeschossen worden, als er dort eine Rede vor Mitgliedern einer jüdischen Vereinigung hielt. Er starb wenig später im Krankenhaus.

Premierminister Jitzhak Shamir ließ zu Ruhe und Besonnenheit aufrufen. Sein Sprecher Avi Pazner erklärte laut Reuter: „Wir sind zutiefst durch den Mord schockiert, selbst jene — und dies ist eine große Mehrheit in Israel —, die mit den politischen Ansichten des Rabbiner nicht übereinstimmen, sind dies.“ Pazner nannte die Bluttat zugleich einen „weiteren Akt des

arabischen Terrorismus“. Die Ermordung Kahanes wurde auch von Vertretern aller im israelischen Parlament vertretenen politischen Richtungen verurteilt.

Vertreter der Kach-Partei und andere militante Anhänger Kahanes drohten mit Rache an Arabern. Kach-Sprecher Noam Ferdman erklärte im israelischen Rundfunk: „Ich glaube nicht, daß ich irgendwie eine Kontrolle darüber habe, was Kach-Leute jetzt tun werden.“

Bei der Ortschaft El Luban Sharkiya südlich von Nablus im Westjordangebiet wurden zwei Palästinenser erschossen. Die Polizei vermutet, daß es sich um Racheakte handeln könnte. Die tödlichen Schüsse wurden von einem Unbekannten aus einem Auto heraus abgegeben. Bei den Opfern handelt es sich nach palästinensischen Angaben um einen 73jährigen Mann und eine 71jährige Frau, die mit Feldarbeiten beschäftigt waren.

Der Mörder Kahanes, dessen Identität zunächst nicht eindeutig geklärt war, hatte festgenommen werden können. Als er mit einem Taxi zu fliehen versuchte, kam es

zu einer Schießerei mit einem Polizisten. Dabei wurden sowohl der Attentäter als auch der Polizeibeamte verletzt. Zuvor hatte der Mörder noch einen Hotelgast durch Schüsse verletzt.

Kahane war auch als „Prediger des Hasses“ gegen die Araber bekannt. Seine Kach-Partei verfolgt das Ziel, alle Araber aus Israel und auch aus den seit 1967 besetzten Gebieten zu vertreiben. Der als Martin David Kahane in den USA geborene hatte sich schon in früher Jugend militanten jüdischen Gruppierungen in den Vereinigten Staaten angeschlossen. Später soll er als CIA-Agent Gegner des Vietnam-Krieges denunziert haben. 1968 gründete Kahane die Jewish Defence Ligue in den USA. Bevor er in den 70er Jahren nach Israel übersiedelte, kam er mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt. Auch machte er durch kriminelle Handlungen sowie durch eine extrem antiarabische Haltung auf sich aufmerksam, was selbst in konservativen Kreisen auf heftige Kritik stieß. 1984 gelang es ihm, als Abgeordneter in die Knesset, einzuziehen. Durch eine Änderung des Wahlgesetzes wurde ihm vier Jahre später eine erneute Kandidatur verweigert.

Schwieriger Kampf gegen Militärregime

Ghanas demokratische Kräfte trümpfen auf. Seit der Vorsitzenden des Provisorischen Nationalen Verteidigungsrates, Luftwaffenleutnant Jerry John Rawlings, Anfang Juli die „Eröffnung einer Diskussion über die politische Zukunft des Landes“ angekündigt hat, melden sich immer mehr Bürgerrechtsorganisationen zu Wort. Angesichts der Tatsache, daß nach wie vor alle Parteien in diesem westafrikanischen Land mit nahezu 15 Millionen Einwohnern verboten sind, ist die von dem Militärregime erklärte Absicht der Etablierung einer eigenen „authentischen Art der Demokratie“, basierend auf einheimischen afrikanischen Traditionen, in Gefahr geraten.

Ein Wendepunkt in der politischen Situation Ghanas stellte das erste öffentliche Auftreten der „Bewegung für Freiheit und Gerechtigkeit“ (MFJ) im August in Accra dar. Sie setzte sich für wahre demokratische Verhältnisse ein und kritisierte vor allem den monolithischen Charakter der „Debatte“, die durch eine von der Militärregierung eingesetzte nationale Kommission für Demokratie (NCD) organisiert wird. Bereits zuvor hatte die Gruppe, „Revolutionswächter Kwame Nkrumah“ auf einer Pressekonferenz mit der Forderung nach Aufhebung des Parteienverbots und der Einführung einer Mehrparteiendemokratie für Aufmerksamkeit gesorgt. Auch die nationale Union der Studenten Ghanas setzte sich für demokratische Verhältnisse ein.

Auffallend ist, daß sich bisher keine Gruppe oder Organisation fand, die auf den von der NCD organisierten Foren ein von dem Regime anvisiertes „Kein-Par-

teien-System“ befürwortete. Der PNDC hat zwar keine offizielle Position über ein künftiges politisches System bezogen, doch ist aus Äußerungen hohe Militärs und Regierungsbeamter sowie aus Beiträgen der von dem Regime kontrollierten Presse zu entnehmen, daß keine Parteien erwünscht werden. Als Argument wird unter anderem vorgebracht, daß in Ghana seit 1966 nur vier einhalb Jahre ein Mehrparteiensystem existierte, während in den anderen 20 Jahren relative Stabilität herrschte.

Die MFJ und andere Organisationen haben inzwischen mehrfach ihre Unzufriedenheit mit der politischen Atmosphäre bekundet, in der die gegenwärtige „nationale Diskussion“ stattfindet. „In dem bestehenden politischen Klima ist es weder möglich herauszufinden, was Ghanaer wirklich über das künftige politische System unseres Landes denken noch zu einem nationalen Konsens in dieser lebenswichtigen Frage zu gelangen“, heißt es in einer Erklärung der MFJ. „Um eine Atmosphäre zu schaffen, die eine freie und offene Diskussion über die politische Zukunft erlaubt und garantiert, fordern wir die Außerkraftsetzung aller repressiver Gesetze.“ Dazu gehören vor allem solche Paragraphen, die dem Militärregime willkürlich Verhaftungen und die Verhängung von Gefängnisstrafen ohne Gerichtsverhandlung erlauben. Die demokratischen Kräfte verlangen ferner die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie eine bedingungslose Amnestie für alle im politischen Exil lebenden Ghanaer.



Eine der bekanntesten und ältesten Kureinrichtungen der USA ist das Lazarett in Boston (Staat Massachusetts). In den zwölf durch Untergrundgänge verbundenen Gebäuden sind Krankenzimmer mit 1081 Plätzen untergebracht. Zum medizinischen Personal gehören 9 600 erfahrene Doktoren, Krankenschwestern, Wissenschaftler, Fachleute und Pflegepersonal. Das Lazarett bedient hauptsächlich die in Boston und seiner Umgebung Lebenden (insgesamt 37 Prozent), jedoch kommen auch Patienten aus allen Teilen der USA hierher, um qualifizierte Hilfe zu bekommen. Deshalb ist es ziemlich schwierig, im Lazarett anzukommen, hier gibt es sowohl gewöhnliche Reihe als auch Vorregistrierung. Insgesamt haben im vorigen Jahr 33 774 Amerikaner die Dienste dieser Kureinrichtung in Anspruch genommen, an nur einem Tag werden hier durchschnittlich rund 100 Patienten operiert.

Unser Bild: Ed Cawkley, Oberschwester des Lazarett, im Voroperationssaal mit einem Patienten.

Seminar über Genossenschaften

Ein internationales Seminar zu Problemen der Tätigkeit von Genossenschaften in der Sowjetunion und in westlichen Ländern hat in Moskau stattgefunden. Es wurde, wie TASS schreibt, von der Moskauer Parteihochschule und der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet.

Wie der Vizepräsident des Verbandes der vereinten Genossenschaften der UdSSR, J. Woronzow, auf der Veranstaltung feststellte, „liegt der Höhepunkt der Verfolgungen von Genossenschaften in unserem Land, der im März/April dieses Jahres erreicht wurde, hinter uns“. Nach seiner Meinung hätten die Genossen-

schaften infolge eines von den Partei- und Wirtschaftsstrukturen organisierten Drucks 500 000 von den fünf Millionen Arbeitsplätzen eingebüßt. Dies sei ein spürbarer Verlust unter Bedingungen des Übergangs zum Markt. Gegenwärtig gebe es rund 250 000 Genossenschaften in der UdSSR, teilte er mit. Aber auch heute bestehe das Streben, sie unter eine harte Staatskontrolle zu stellen und ihre Tätigkeit durch Bestimmungen bis ins Detail zu reglementieren. Woronzow plädierte für vollständige wirtschaftliche Selbstständigkeit und Freiheit der Genossenschaften. (TASS)



Ein ungewöhnliches Hobby hat der amerikanische Fotograf Etan Hoffmann. In seiner Freizeit befaßt er sich mit Kunstbemalung von Frauenkörpern. Als „Staffelei“ dient ihm der Rücken seiner eigenen Frau, die entweder selbst Enthusiastin des „Körperdesigns“ ist oder sich einfach in ihr Schicksal ergibt. Hoffmann behauptet, sein Hobby habe mit Tätowierung nichts zu tun. Letztere sei abgeschmackt, ein Stempel des Kitsches für ganze Leben, so Etan, während sein Hobby eine Kunst sei, die eine große Zukunft habe.

Foto: TASS

Streit um den „Hadsch“

Der Prophet Mohammed würde sich wohl im Grabe herumdrehen, würde er, daß auch der heilige „Hadsch“ zum Zankapfel geworden ist. Bis zur nächsten Pilgerfahrt bleiben zwar noch sieben Monate, aber erste Absagen sind schon ersichtlich.

Alljährlich machen sich im Monat „Dhu L-Hidscha“, dem 12. des moslemischen Kalenders, rund eine Million Wallfahrer auf den Weg nach Mekka, um eine der fünf Grundpflichten ihrer Religion zu erfüllen. Im Frühsommer 1991 könnten es einige Hunderttausend weniger sein, sollte die multinationale Streitmacht dann noch am Golf stehen.

Der jordanische Religionsmi-

nister Dr. Ali Al-Faqir glaubt zum Beispiel nicht, daß seine Landsleute an die heiligen Stätten reisen, wenn sich in deren Nähe amerikanische Soldaten aufhalten. Außerdem zweifelt er an einer würdigen Behandlung der Gläubigen, blicke man auf den gegenwärtigen „Strafkatalog“ Saudi-Arabiens gegen Jordanien, der von der Ausweisung von Diplomaten bis zu Schikanen gegen Fernfahrer reiche.

Auch Libyens Staatschef Muammar El Ghaddafi hat zum „Pilgerstreik“ für „ein, zwei Jahre“ aufgerufen. Wahre Moslems könnten jetzt weder zum Hadsch noch zur „Umra“ —

der kleinen Wallfahrt, die auch in anderen Monaten als dem Dhu L-Hidscha stattfinden kann — nach Mekka fahren. Ein Boykott wäre nach Ghaddafis Worten ein Druckmittel, damit König Fahd die USA-Truppen wieder zum Verlassen seines Reiches auffordert.

Noch nicht beendet ist auch das Tauziehen zwischen Riad und Teheran um die Pilgerfahrt, nachdem im Juli 1987 rund 400 Wallfahrer, die meisten von ihnen iranische Schiiten, bei Zusammenstößen mit saudischen Sicherheitskräften in der Stadt des Propheten ums Leben gekommen waren. Fahd, der den Titel „Diener der beiden heiligen

Stätten“ trägt, hatte danach eine strenge Quotenregelung eingeführt: nur noch einer von Tausend Moslems darf zum Hadsch einreisen. Iran fordert jedoch 150 000 statt der ihm zugedachten 45 000 Pilger und boykottiert die Zeremonie seit drei Jahren. Außerdem verlangt es anstelle der saudiarabischen Aufsicht eine multinationale Verwaltung der Heiligtümer im Pilgermonat — eine Art Moslem-Vatikan — und will politische Demonstrationen gestattet wissen.

Saudi-Arabien lehnt dies mit dem Argument ab, daß es sich beim Hadsch um eine rein religiöse Angelegenheit handelt.

Demonstranten warnen Nepals König

20 000 Bauern haben in Nepal König Birendra auf einer Demonstration davor gewarnt, von seinen Demokratisierungsversprechen wieder abzurücken. Der Herrscher hatte zugesichert, auf seine absolute Macht zu verzichten und in dem Himalaya-Königreich den Status einer konstitutionellen Monarchie einzuführen. Dazu wolle er eine Verfassung verkünden, mit der die Exekutive an ein Mehr-Parteien-Parlament übergehen soll.

Mit ihrem Mahanaufruf, zu dem laut Reuter die Vereinigte Linksfront (ULF) aufgerufen hatte, wollten die Bauern den König unter Druck setzen, sein Wort zu halten. Eine ähnliche Aktion der Lehrer wurde in Birganj nahe der Grenze zu Indien von der Kongreßpartei organisiert, die an der Spitze einer Koalitionsregierung unter Einschuß der ULF steht. Zu Demonstrationen schlossen sich auch Angestellte des öffentlichen Dienstes und linksgerichtete Jugendliche zusammen.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Untersuchungen wiederaufgenommen

Der ehemalige polnische Parteichef Wladyslaw Gomulka hat im Dezember 1970 selbst den Befehl erteilt, mit scharfer Munition gegen unbewaffnete streikende Werftarbeiter vorzugehen. Wie die Militärstaatsanwaltschaft der Marine in Gdynia gegenüber der „Gazeta Wyborcza“ mitteilte, habe dies ein Zeuge der damaligen Ereignisse während der am 8. Oktober dieses Jahres wiederaufgenommenen Untersuchungen ausgesagt. Danach habe Politbüromitglied Zenon Kliszko den PVAP-Chef am 15. Dezember 1970 in einem telefonischen Lagebericht gefragt, ob Militär in die Dreistadt Gdansk/Sopot/Gdynia verlegt werden soll. „Wenn die Situation so ist, wie ihr sie darstellt, dann ja“, sei die Antwort gewesen. Auf eine weitere Frage, ob Waf-

fen eingesetzt werden sollen, habe Gomulka nach langem Schweigen erwidert: „Es ist eine sehr schwierige Entscheidung, auf die eigenen Arbeiter zu schließen. Aber wenn solche Umstände eintreten, muß man Waffen benutzen.“

Der um 9.00 Uhr von Gomulka erteilte Schießbefehl sei nur eine Viertelstunde später durch Premier Jozef Cyrankiewicz telefonisch an den damaligen Stellvertretenden Verteidigungsminister Grzegorz Korczynski übermittelt worden, der Chef des Regionalstabes Küste war. Bisher sei ermittelt worden, daß vor der Werft „Pariser Kommune“ in Gdynia zweimal geschossen worden ist. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich daran auch Milizangehörige beteiligt haben.



Foto: TASS

Förderprogramm für östliche Länder beschlossen

Mit der Namensänderung in Hochschulrektorenkonferenz (HRK) — Konferenz der Rektoren und Präsidenten der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland soll nach den Worten des Präsidenten Dr. Hans-Uwe Erichsen die Einbeziehung von höheren Bildungsstätten aus den fünf neuen Bundesländern dokumentiert werden. Vor Journalisten informierte er in Bonn, daß 21 neue Mitglieder aus der Ex-DDR einstimmig zu Mitgliedern der HRK gewählt wurden. Erichsen verwies darauf, daß bereits die bisherige Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) die östlichen Bildungseinrichtungen in ihr Service-System einbezogen hatte. Man erhoffe sich von den neuen Mitgliedern Anregungen, Hilfe und Unterstützung bei der Gestaltung

des Wissenschaftslandschaft Deutschlands. Wie Erichsen berichtete, hat die Hochschulrektorenkonferenz auf der 62. Sitzung ein sieben Punkte umfassendes Förderprogramm für die Hochschulen in den östlichen Bundesländern angenommen. Ziel sei es, die dortigen Hochschulen an den internationalen Standard in der Forschung und Lehre heranzuführen. Dabei habe sich die Rektorenkonferenz für eine weitgehende Öffnung der Hochschulen für Studierende ausgesprochen. Es sei beabsichtigt, im Verlauf von fünf bis zehn Jahren durch Neubesetzungen den Lehrkörper bis zu zwei Drittel auszuwechseln. Mit einem Nachwuchsförderungsprogramm solle dazu der wissenschaftliche Nachwuchs herangebildet werden. Gleichzeitig be-

absichtige man „strukturelle Veränderungen“ an den östlichen Hochschulen zu beseitigen. Die Rektorenkonferenz sprach sich dabei für eine drastische Reduzierung von Dauerstellen aus. Um die Struktur- und Personalfragen zu lösen, sei die Bildung von Kommissionen auf Senatsebene, auch unter Hinzuziehung internationaler Wissenschaftler, beabsichtigt, um herauszufinden, wer sich vom Lehrkörper in der Vergangenheit „negativ profiliert hat“. Erichsen hält eine Einstiegs- in Stasi-Akten in Einzelfällen nicht für ausgeschlossen. Eine pauschale Entlassung und Neubewerbung sei von der Konferenz abgelehnt worden.

Der HRK-Präsident informierte über eine Reihe von Bewer-

Aus unserer Post

Nicht umsonst gelebt

Mein guter Bekannter Alexander Artamonow erinnert sich an seinen Stiefvater Herbert Rühle...

„Da er Deutscher war“, sagt Alexander Iwanowitsch nachdenklich, „war sein Leben oft sehr schwer; er mußte viele Schmähworte hinnehmen, aber man achtete ihn dennoch...“

Wer hilft mir bei der Suche?

Ich wende mich an die Redaktion der „Freundschaft“ mit der Bitte, mir bei der Suche nach meinen Verwandten behilflich zu sein...

Film über Raul Vallenberg aufgenommen

Einen abendfüllenden Streifen über den in sowjetischer Haft ums Leben gekommenen schwedischen Diplomaten Raul Vallenberg haben ukrainische Filmemacher unter Mitwirkung des Stockholmer Fernsehens gedreht...

Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Dienstag, 13. 11. 90
14.00 Die Sendung macht Sie mit dem Sendeplan für die laufende Woche vertraut...

„Helfen, wo der 'Chorschuh' drückt...“

Chorleiterseminar in Anlehnung an das 2. Festival der deutschen Kultur und Kunst in Alma-Ata

Intensive und vielseitige Verbindungen im Bereich der Kultur zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gewinnen in den letzten Jahren immer mehr an Einfluß...

ler, darunter vor allem diejenigen, die Deutsch als Muttersprache erlernen, am Jugendaustausch teilnehmen und jetzt in der Bundesrepublik Deutschland wohnen...

ren am besten unter die Arme zu greifen?
Hildegard ROSS-THEWS: Meines Erachtens brauchen die Laienkünstler vor allem mehr Literatur...



Korr.: Könnten Sie bitte Näheres über das Ziel Ihrer Reise nach Alma-Ata berichten?
Ulrich RENNEN: Wir sind hierher mit dem Wunsch gekommen, den deutschsprachigen Chören und Chorleitern für eine Woche zur Seite zu stehen...

und Brahms arbeiteten, und mit dem Chor der Musikfachschule geübt hatten, bereute ich die Reise hierher nicht mehr...

Hildegard ROSS-THEWS: Ich glaube, in diesen Gruppen singt jeder mit ihm eigener Artikulation, jeder auf seine eigene Art...

gehört haben, den einstimmigen Gesang in chorsicherer Form, überwiegend mit Instrumentalbegleitung, pflegen...

Ulrich RENNEN: Mich beeindruckte die Aufnahmebereitschaft der Laienkünstler und auch der jungen Chorsänger am Konservatorium...

Für eine gesunde Lebensweise Kampf der Stärksten

Vom 12. bis zum 14. Oktober verließ in der Sporthalle des Instituts für Körperkultur der Stadt Uralak die VI. Meisterschaft der Kasachischen SSR im Schwergewicht...

hervorheben, geletzt schon einjährig in der Sporthalle des Instituts für Körperkultur der Stadt Uralak die VI. Meisterschaft der Kasachischen SSR...

Ein neues Kulturzentrum gegründet

Viele interessiert heute die Frage, wie das weitere Schicksal der DDR- und der BRD-Botschaft in Moskau ist...

Gleichzeitig ist die Errichtung eines neuen Komplexes der BRD-Botschaft in der Mosfilm-Straße fast fertiggestellt...



Was das Gebäude der Bot- Moskau

Fernsehfestival von Montreux nun auch in Moskau

Im September 1991 findet auf einem Fahrgastschiff, das von Moskau aus die Wolga befährt, ein neues internationales Fernsehfestival statt...

Wie der Leiter des Fernseh- und Filmzentrums, Regisseur und Schauspieler Rolan Bykow, in einem TASS-Gespräch mitteilte...

chen, während die andere Hälfte ausschließlich aus sowjetischen Produktionen bestehen wird...

Folgende Programme sind zur Teilnahme am Wettbewerb zugelassen: Ballett, Tanz, Variete; Konzertprogramme (Unterhaltung); Musikprogramme (Jazz, Schlager, Pop-Musik); musikalische Spielfilme; Humor (Trickfilm, Puppenspiel, Clownerie, Pantomime, Intermedien).

Neue russische Zeitungen

Zwei neue Presseorgane sind in den ersten November-Tagen in Rußland herausgegeben worden...

zeitung „Rossijskaja Gaseta“, Organ des Obersten Sowjets der Republik, angeboten.

Namen von Stalin-Opfern im Archiv der Staatssicherheit entdeckt

Dokumente mit den Namen von Opfern der Repressalien, die auf den Moskauer Friedhöfen Wagankowo und Donskoi begraben liegen...

lichten Wort an den Lesern schreibt, soll dieses Organ unabhängig von Geschmack und Sympathie der leitenden Mitarbeiter...

Wird auf Zarenrichtstätte eine Kirche gebaut?

Das Grundstück in Swerdlowsk im Uralgebiet (ehemaliges Jekaterinenburg), wo das Haus des örtlichen Einwohnern Ipatjew stand, ist der russisch-orthodoxen Kirche übergeben worden...

lie sowie ein Teil seiner Gefolgschaft und einige Diener erschossen wurden, blieb bis Mitte der 70er Jahre unversehrt...

und der Ablehnung kommerzieller Vorschläge einiger Organisationen beschlossen die Deputierten, dieses Grundstück der russisch-orthodoxen Kirche zur Verfügung zu stellen...

Stellvertretender Chefredakteur Erik CHWATAL

Unsere Anschrift:
Kasachische SSR,
480044, Alma-Ata
ul. M. Gorskogo, 50
4-A Etage

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volkbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Sifilredaktion — 33-43-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84...

«ФРОЙНДШАФТ»
Газета ЦК Компартии Казахстана
ИНДЕКС 654143
Выходит 250 раз в году

Ордена Трудового Красного Знамени
типография Издательства ЦК Компартии Казахстана
480044, пр. Ленина, 2/4
Объем 2 печатных листа офсетным способом
М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
Газета отпечатана Заказ 11991